

Energiewende neu denken

Nordrhein-Westfalen muss als Energieland Impulsgeber einer wirtschaftlich tragfähigen Energiewende werden

Die Zielsetzung der Energiewende ist richtig. Als große Industrienation sind der umfassende und nachhaltige Umbau der gesamten Energieversorgung sowie der Umstieg auf eine weitgehend CO₂-neutrale Stromerzeugung bis zum Jahr 2050 aber äußerst ambitioniert. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn die drei Säulen der Energiepolitik, Umwelt-/Klimaverträglichkeit, Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung zu einem gleichseitigen Dreieck verbunden werden und gesellschaftliche Akzeptanz gewahrt bleibt.

- **Die Energiewende steckt in der Sackgasse.** Sie findet derzeit allein als „Stromwende“ statt und erschöpft sich in einem subventionsgetriebenem Wettlauf um den Ausbau der erneuerbaren Energien. In anderen Bereichen wie bei der Steigerung der Energieeffizienz, im Wärmebereich oder dem Verkehrssektor bleiben die treibenden Impulse zur CO₂-Minimierung bisher aus.
- **Die von der Bundesregierung für dieses Jahr angestrebte EEG-Reform ist bereits jetzt vollumfänglich gescheitert.** Bereits vor zwei Jahren wäre es notwendig gewesen, die Fördersätze und das Ausbautempo der Erneuerbaren deutlicher zu senken und den Einspeisevorrang der Erneuerbaren abzuschaffen. Dieser Weg wird durch den Energie-Kompromiss von Bund und Ländern nun erneut versperrt, weil sich die Interessen von Branchen und Ländern durchgesetzt haben: Die geplante Deckelung des Windkraftzubaues wird aufgeweicht, unwirtschaftliche Windstandorte sollen stärker bezuschusst werden und auch die geplanten Kürzungen für Biogasanlagen werden abgemildert. Union und SPD sowie die Bundesländer versäumen es erneut, die Kostenentwicklung der Energiewende zu dämpfen.
- **Das EEG steht einer wirtschaftlich tragfähigen Energiewende im Weg.** Der Kapazitätsausbau bei den Erneuerbaren liegt bereits über der aktuellen Zielmarke. Denn weder gibt es im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine Obergrenze des Subventionsvolumens, noch steuert es den Ausbau nach marktwirtschaftlichen Kriterien. Solange der Netz- und Speicherausbau nicht vorankommt, gefährdet das EEG aber die Versorgungssicherheit, treibt die Stromkosten für Verbraucher und Wirtschaft in die Höhe und begünstigt die schleichende De-Industrialisierung in Deutschland, leistet aber keinen Beitrag zur CO₂-Reduzierung.
- **Aus der Energiewende ist eine Kostenlawine geworden.** Die EEG-Umlage ist zu Jahresbeginn erneut um fast 20 Prozent gestiegen. Die Stromverbraucher werden in diesem Jahr mit etwa 21 Mrd. Euro belastet. Gleichzeitig ist die Rentabilität der für die Gewährleistung von Versorgungssicherheit unerlässlichen fossilen Kraftwerke vielfach nicht mehr gegeben – am Standort Nordrhein-Westfalen werden Kraftwerke heruntergefahren und tausende Arbeitsplätze in Frage gestellt.
- **Stromsteuer senken:** Der Staat verdient mit jeder Erhöhung der Ökostromumlage über die Mehrwertsteuer dazu. Dieses Geld sollte Verbrauchern und Wirtschaft zurückgeben werden, etwa durch eine Absenkung der Stromsteuer.
- **Die FDP hält es für erforderlich, die Energiewende neu zu denken.** Vordringlich ist gegenwärtig nicht mehr der weitere Zubau der erneuerbaren Energien. Stattdessen müssen jetzt Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz in den Fokus rücken. Voraussetzung dazu sind Investitionen in effiziente und klimaschonende Kraftwerke, Netze, Speicher und für Energieeffizienz im Verkehrssektor und Wärmebereich.
- **Es ist unabdingbar, das Tempo beim Zubau der erneuerbaren Energien zu drosseln,** weil neue Kapazitäten mit dem notwendigen Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze in einem zusammenwachsenden europäischen Energiebinnenmarkt sowie mit der Entwicklung von Speichertechniken synchronisiert werden müssen. Wir folgen deswegen der Empfehlung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und fordern eine Aussetzung des EEG (Moratorium), bis Markt- und Netzintegration beim Zubau von erneuerbaren Energien gesichert sind.

- **Konventionelle Kraftwerke werden auch zukünftig einen unverzichtbaren Beitrag zur Absicherung der fluktuierenden Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen leisten müssen.** Nordrhein-Westfalen hat die Schlüsselstellung im Energieversorgungssystem in ganz Deutschland. Im Zuge des Atomausstiegs wird die Bedeutung für die Versorgungssicherheit weiter anwachsen.
- **Der besondere Beitrag des Landes zur Energiewende sollte in dem Anbieten sicherer Versorgungskapazitäten liegen.** Solange keine ausreichenden Speichermöglichkeiten bestehen, ist der breite Energiemix zu erhalten. Die Braunkohle als einziger heimischer wettbewerbsfähiger Energieträger wird auch über das Jahr 2050 hinaus unentbehrlich sein. Über die Hälfte der gesicherten Leistung wird auch dann noch aus fossilen Quellen stammen. Die FDP lehnt deshalb den von der rot-grünen Landesregierung ohne fachliche Notwendigkeit eingeleiteten Braunkohleausstieg durch die Verkleinerung von Garzweiler II ab. Zur Minderung der CO₂-Emissionen muss der Kraftwerkspark modernisiert werden – das Landesplanungsrecht darf nicht zum Verhinderungsinstrument für diese Investitionen werden.
- **Europäischer Energie-Binnenmarkt:** Zur besseren Integration des Stroms aus erneuerbarer Energie ist der zügige Ausbau grenzüberschreitender Netze von größter Dringlichkeit. Aufgrund Nordrhein-Westfalens zentraler Lage im zusammenwachsenden Energiebinnenmarkt muss dazu der Ausbau der Grenzkuppelstellen forciert werden.
- **Die FDP tritt dafür ein, Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien verstärkt zu fördern und in den Markt zu integrieren.** Dazu sollten Anbieter von erneuerbarer Energie verpflichtet werden, ihren Strom direkt zu vermarkten. Im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Ausschreibungsmodells können sich so auch neue Speichertechnologien schneller am Markt etablieren.
- **Energieeffizienz ist einer der Schlüssel für erfolgreiche Energiepolitik.** Denn Energie, die nicht gebraucht wird, muss nicht erzeugt und transportiert werden. Großes Potenzial zu mehr Energieeffizienz liegt in der Gebäudesanierung, hier wird zur Beheizung etwa dreimal so viel Energie benötigt wie bei Neubauten. Um es zu heben, muss die von SPD und Grünen und federführend von der NRW-Landesregierung im Bundesrat zu Fall gebrachte steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung endlich umgesetzt werden.